



## Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Kathi Petersen, Ruth Müller, Doris Rauscher SPD**

**Kein Maulkorb für Gemeinde- und Stadträte sowie Kreis- und Bezirkstage bei allgemeinen politischen Fragen wie TTIP und CETA!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt, dass sich viele Kommunen im Freistaat in der Diskussion über das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) und die aktuellen Verhandlungen über eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen EU und USA mit Stellungnahmen zu Wort melden und ihre Forderungen an die Landes-, Bundes- und Europapolitik in Entschlüssen zum Ausdruck bringen.

Entschieden weist er Bestrebungen zurück, den gewählten Kommunalgremien mit Verweis auf angeblich mangelnde Befassungskompetenz das Recht abzusprechen, sich zu diesen aktuell brisanten Fragen zu äußern.

## Begründung:

In den vergangenen Monaten haben weit über einhundert Kommunen, darunter viele bayerische, in ihren Kommunalvertretungen über das Für und Wider des europäisch-kanadischen Freihandelsabkommens CETA und die andauernden Verhandlungen über eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen EU und USA diskutiert und sich in kritischen Entschlüssen an die Abgeordneten im Landtag, Bundestag und Europaparlament gewandt. Darin werden Fragen gestellt und Bedenken zum Ausdruck gebracht, die es nicht nur generell in der örtlichen Bürgerschaft gibt, sondern auch spezifisch kommunale Fragen der Organisationsfreiheit bei der Daseinsvorsorge wie Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung, Öffentlichem Personennahverkehr, Sozialdienstleistungen, Krankenhäusern, Kultur, öffentlichem Beschaffungswesen usw. betreffen.

Eine breite öffentliche Diskussion ist in einem demokratischen Gemeinwesen nicht nur selbstverständlich, sondern wünschenswert. Zu versuchen, diese einzuschränken, verbietet sich genauso, wie auch nur den Verdacht zu erwecken, den Kommunen einen juristischen Maulkorb verpassen zu wollen, wie dies durch die Befassung des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags mit einem Gutachten zur „Befassungs- und Beschlusskompetenz der Kommunalvertretungen im Hinblick auf Internationale Freihandelsabkommen“ geschehen ist.

Hinsichtlich der von den Kommunalvertretungen zum Ausdruck gebrachten Positionen zu TTIP ist daran zu erinnern, dass sich der Landtag mit seinem Beschluss vom 25. Februar 2014 (Drs. 17/851) „Bayerische Interessen schützen – Hände weg von der öffentlichen Daseinsvorsorge und zentralen Schutzstandards bei den Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen EU/USA (TTIP)“ bereits im Sinne der Kommunen geäußert hat.